

Les vor dem

Sozialdemokrat

Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Redaktion und Verwaltung: Prag II, Havlíčkovo nám. 32. Einzelpreis 70 Heller. Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich 16.— Kč, Telefon 6705, nachts 6797. Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Prag. vierteljährlich 48.— Kč, halbjährig 96.— Kč, ganzjährig 192.— Kč. Für Deutschösterreich monatlich 120.— SK, für Deutschland 16.— Mk. Postpartafasconto 57544. Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Vor entscheidenden Kämpfen.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Die Entwicklung der politischen Verhältnisse hat sich jetzt so weit zugespitzt, daß es sich nun entscheiden muß, wer in Deutschland künftig herrschen soll, ob das große Kapital oder die arbeitende Bevölkerung. Die Großen und Kleinen haben ihre Bedingungen für die Vergabe ihres Auswärtigen genannt und die gehen dahin, daß ihnen die Reichsbedürfnisse zur uneingeschränkten Ausbeutung überantwortet werden sollen. Die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter und Angestellten haben darauf mit der Forderung geantwortet, daß die bestehenden Klassen endlich nach ihrer vollen Leistungsfähigkeit zu den Lasten des Staates herangezogen werden. Am Abend der deutschen Wirtschaft tragen zwar in erster Linie die Verwüstungen des Krieges die Schuld; aber der katastrophale Niedergang in den letzten vergangenen Monaten hätte sich verhindern lassen, wenn das Kapital seine Verpflichtungen dem Reich gegenüber ebenso erfüllt hätte wie die Arbeiterklasse. Tatsache ist hingegen, daß gerade die nationalsten Kreise des deutschen Bürgertums mit vollem Bewußtsein auf den Bankrott des Staates hinarbeiten. Sie durchkreuzen nicht nur unausgesetzt die Erfüllungspolitik der Regierung, sie verweigern auch dem Reich die Mittel zur Fortführung seiner Existenz.

Die kapitalistischen Unternehmungen in Deutschland stehen gegenwärtig in einer Periode der Hochkonjunktur. Fast alle Industrien sind auf Monate hinaus mit Bestellungen überhäuft, die Lager der Großhändler sind ausverkauft, die Ware wird nur noch in rationierten Mengen abgegeben. Die Arbeitslosigkeit ist im allgemeinen geringer als selbst in der Zeit der besten Konjunktur vor dem Kriege. Nur in einigen größeren Städten, wie in Berlin oder in Hamburg finden wir noch eine größere Zahl von Erwerbslosen. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß vor dem Kriege das stehende Heer über 800.000 Mann stark war, während die heutige Reichswehr nur noch einen Bestand von 100.000 Mann haben darf. Hunderttausende Männer sind also wieder einer produktiven Tätigkeit zugeführt worden. Die Besitzer der Sachwerte machen heute ungeheure Gewinne, alle Fachblätter stimmen darin überein, daß die Unternehmer kaum noch wissen, wie sie die ihnen so überreichlich zufließenden Geldmittel unterbringen sollen.

Das ist die eine Seite der Medaille, die Aehrseite sieht ganz anders aus. Die Entwertung der deutschen Mark in den letzten Monaten hat die Preise für alle Waren sprunghaft nach oben getrieben. Die Arbeiter beziehen einen so geringen Reallohn, daß sie kaum noch die nackte Existenz fristen können. Die Kosten für den Lebensaufwand dürften jetzt das 25-30fache der Friedenshöhe betragen, sie werden, wenn sich erst alle Warenpreise der Entwertung der Mark angepaßt haben, auf das 40-50fache steigen. Der Lohn des deutschen Arbeiters ist aber bisher im Durchschnitt nur auf das 10-12fache der Friedenshöhe gestiegen, er beträgt nur einen Teil des Lohnes, der dem Arbeiter in den anderen Industriestaaten der Welt bezahlt wird.

Aber nicht nur die beispiellos günstige Konjunktur geht zu Lasten der deutschen Arbeiterklasse; diese war vielmehr bisher auch dazu verurteilt, die Sorge um die Erhaltung des Staates auf ihre Schultern zu nehmen. Während mittels des Steuerabzuges Arbeiter und Angestellte sofort bei Entlohnung des Lohnes oder Gehalts die Leistung an den Staat erfüllen mußte, während sie auch als Konsumenten durch die Umsatzsteuer, durch die anderen Abgaben und Zölle schwer belastet wurden, stehen die Besitz- und Einkommensteuer für die kapitalistischen Kreise noch immer auf dem Papier. Es ist eine kaum glaubliche Tatsache, daß die Steuerveranlagungen für die bestehenden Kreise bis zum Jahre 1919 im Rückstande sind, daß man mit

Dr. Wirth über die Reparationsforderungen.

Berlin, 22. November (Drahtbericht des „Sozialdemokrat“.) Im Steuerausfluß des Reichstages machte heute nach einigen Bemerkungen des Reichswirtschaftsministers Schmidt über die von ihm vorgelegte Denkschrift zur Erfassung der Sachwerte der Reichskanzler wichtige Mitteilungen, die zum Teil für vertraulich erklärt wurden. Er äußerte unter anderem, daß auf die Reparationskommission die Erklärung, eine positive Aenderung über die erwartete Kredithilfe der Industrie könne noch nicht gegeben werden, außerordentlich verstimmend und enttäuschend gewirkt hat. Die Reparationskommission hat zunächst ihre Abreise in Erwägung gezogen, hat sich aber doch entschlossen, die Besprechungen in Berlin weiterzuführen, in der Hoffnung, daß die Verhandlungen des Reichskanzlers mit der Industrie wenigstens einige Anhaltspunkte für einen Erfolg ergeben werden. Im Verlauf der Diskussion ergriff der Reichskanzler Dr. Wirth zum zweitenmale das Wort. Er warnte da-

vor, wie es in der rechtsstehenden Presse vielfach geschieht, eine Katastrophe von heute auf morgen anzukündigen, und so die Krise der Reparation auf die Spitze zu treiben. Bei allen Besprechungen mit Mitgliedern der Reparationskommission sei die Ansicht von der Prosperität der deutschen Wirtschaft und Industrie zutage getreten. Mitglieder der Reparationskommission haben erklärt, es müsse leicht sein, für die deutsche Industrie vermöge ihrer Guthaben im Auslande eine Reparationssumme von 500 bis 600 Millionen Mark pro Tag zu entrichten. Der Kanzler habe demgegenüber auf die Schwierigkeiten hingewiesen, diese Guthaben festzustellen. Die Finanzämter seien hierzu nicht in der Lage. Die Forderungnahme führender Kreise mit dem Auslande sei sehr zu begrüßen und wir wünschen, daß immer größere Kreise des wirtschaftlichen Lebens, insbesondere auch Gewerkschaftsführer hierzu Gelegenheit nehmen.

Verräterische österreichische Gendarmerieoffiziere.

Wie sich die Gendarmerieoffiziere bei der Besetzung des Burgenlandes verhielten.

Wien, 22. November. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“.) An der heutigen Sitzung des „Budoctandshu“ riefte Genosse Dr. Deutsch heftige Angriffe gegen die Leitung der Gendarmerie, die bei der Besetzung des Burgenlandes im Voraus vollständig verfaßt hat. Das war ein Zusammenbruch der letzten Organe der Gendarmerie, die Kommandanten waren jeder vorwärts hat. Die Kommandanten sind der größte Teil der Opfer geworden, die wir zu beklagen haben. Die Nennung von Fischera durch die Gendarmerie wurde in Lofisler Wisse vorgenommen. Auch bei den Vorparlamenten bei Moendorf und Kremberg hat sich dasselbe ereignet. Auch hier haben die einzelnen Gendarmen ihre Pflicht erfüllt, aber die Offiziere haben sich mehrere Mißverlehnungen zuschulden kommen lassen. So hat der Kommandant der österreichischen Gendarmerie, als ein Organ des ungarischen

Kommandos die Zurückziehung der Feldwache bei Brennberg veranlaßt, dies ohne weiteres getan. Dabei hat er telephonisch den ungarischen Offizier mit „Du“ anesprochen. Als am nächsten Tage der ungarische Anmarsch auf Moendorf und Brennberg erfolgte, haben die Gendarmen ihre Stellung verloren und diese von ihnen sind gefallen. Die Gendarmen haben sich für verkauft und verraten gehalten. Die Sozialdemokraten verlangen die Einleitung einer strengen Untersuchung und werden sich nicht damit zufrieden geben, daß über diese Dinge der Mantel der Verschwiegenheit verbreitet werde. In seiner Antwort mußte der Minister des Innern die Anriffe des Genossen Deutsch als berechtigt anerkennen. Er erklärte, daß im Ministerium eine Untersuchung stattgefunden hat und daß die schuldigen Beamten ihres Dienstes entzogen wurden.

ihnen für das vorige Jahr noch nicht einmal begonnen hat. Abgesehen davon, daß das Kapital seine Steuergebühren viel zu spät abliefern, liefert er sie auch in Beträgen ab, die infolge der inzwischen eingetretenen Wertentwertung nur einen kleinen Teil der wirklichen Leistungsfähigkeit der kapitalistischen Steuerpflichtigen entspricht.

Die unabhängige Sozialdemokratie hat schon seit vielen Monaten gefordert, daß diesen unmöglichen Zuständen ein Ende gemacht werde. Sie hat sofort nach der Annahme des Londoner Ultimatum im Mai gesagt, daß nur die Erfassung der Sachwerte, also die Beteiligung des Reiches an den Erträgen des Kapitals, die Möglichkeit bietet, die Staatsfinanzen wieder in Ordnung zu bringen. Die Regierung verhielt sich ablehnend zu dieser Forderung, weil sie sich im Klaren darüber war, daß sie nur im Kampfe zwischen Kapital und Arbeit durchgesetzt werden kann und weil sie nicht daran glaubte, daß ihr die dazu notwendigen politischen Kräfte zur Verfügung ständen. Auch in der Arbeiterklasse hat sich nur langsam die Erkenntnis davon vertieft, daß die Erfassung der Sachwerte eines der wichtigsten Mittel ist, um den Boden zu bereiten, von dem uns die weiteren sozialistischen Forderungen erläutert werden müssen. Die Wochen haben aber endlich völlige Klarheit gebracht und nun kann man feststellen, daß das gesamte Proletariat, daß Beamte, Arbeiter und Anestellte, Rechtssozialisten, Unabhängige und Kommunisten für die Erfassung der Sachwerte ihre gesamte Kraft einsetzen müssen, wollen sie sich nicht selbst der gänzlichen Vereidung überantworten.

Damit allein aber ist es nicht getan. Die Steuerreform der kapitalistischen Krise muß an der Wurzel gefaßt werden.

Die schon bestehenden Besitz- und Einkommensteuern müssen sofort durchgeführt, die rückständigen Steuergebühren mit größter Beschleunigung eingetrieben werden. Neue Steuerereise müssen geschaffen werden, die die kapitalistischen Kreise nach dem Maß ihrer Leistungsfähigkeit zu den Lasten des Staates heranziehen. Der Außenhandel und der Handel mit Devisen muß unter schärfster Kontrolle gestellt werden, um die fortwährend und unter verschiedenen Formen getriebene Kapitalverschlebung ins Ausland endlich zu unterbinden. Am es zusammenzufassen: die Kreditfähigkeit des Reiches muß so weit gestärkt werden, daß es vom Kredit des Großkapitals völlig unabhängig wird.

Das hat nun endlich auch die Regierung Wirth begriffen. Die Reparationskommission ist von Berlin mit der bestimmten Forderung abgereist, daß die im Jänner und Februar fälligen Raten bezahlt werden müssen. Es bleibt der Regierung also nicht mehr viel Zeit übrig, wenn sie sich die Mittel dazu verschaffen will. Die Vertreter des Großkapitals haben zwar erklären lassen, daß sie zu neuen Verhandlungen über ihr Angebot bereit seien; das würde aber nichts anderes bedeuten, als daß sie auf trümmigen Wegen das zu erreichen suchen werden, was der einmütige Widerstand der Arbeiterklasse bei der Enthüllung ihrer Pläne bisher vereitelt hat. Die Organisationen der Arbeiterschaft haben der Regierung gezeigt, welchen Weg sie jetzt gehen muß: Das Kapital muß mit harter Hand angefaßt werden, damit es seine Verpflichtungen dem Reich gegenüber erfüllt. Nur so kann verhindert werden, daß Deutschland auch noch seine wirtschaftliche Selbständigkeit verliert und daß das deutsche Volk zum Ausbeutungsobjekt des in den Regierungen der Alliierten vertretenen Kapitals gemacht wird.

Restrukturierung und Bankensfusion.

Mit der vor einigen Tagen bekannt gewordenen Fusion der tschechoslowakischen Filialen der Allgemeinen Verkehrsbank sowie der Mährisch-Schlesischen Handels- und Gewerbebank mit der Landwirtschaftlichen Creditbank für Böhmen erscheint ein Prozeß fast abgeschlossen, der die systematische Ausschaltung des Wiener Kapitals aus dem tschechoslowakischen Wirtschaftsleben bezweckt. War es doch das Ziel der tschechischen Politik, die Republik auch wirtschaftlich zu „entösterreichern“. Die Verwaltungen der Aktien-Gesellschaften, deren Betriebsstätten in der Tschechoslowakei gelegen waren, wurden veranlaßt, auch ihren Sitz in die Republik zu übertragen und gleichzeitig einige Statutenänderungen vorzunehmen, wonach die Majorität des Verwaltungsrates aus tschechoslowakischen Staatsbürgern bestehen soll, die Aktien an erster Stelle den tschechischen Text tragen usw. Bei Unerkennung von Art der Banken aber war die Restrukturierung nicht so einfach. Hier galt es zunächst, den in Friedenszeiten bedeutungslosen tschechischen Geldinstituten jene dominierende Stellung zu sichern, die im alten Österreich die Wiener Großbanken und damit auch ihre Filialen in der heutigen Tschechoslowakei befehlen haben. Dieser Protektionspolitik Dr. Kaschins und Dr. Stravinsky sind denn auch fast alle Wiener Zweiganstalten zum Opfer gefallen und die Uebergabe der Verkehrsbank bildet bloß einen Abschluß dieser Entwicklung.

Es liegt im Wesen des internationalen Finanzkapitals, daß sich bei diesen Umwandlungen nur in den seltensten Fällen die neue Anstalt als tschechisch-national gab; die Wiener Banken hatten ja ihre Filialen fast durchwegs im deutschen Gebiet der Sudetenländer und da war es viel zweckmäßiger, den „deutschen Charakter“ zu wahren und lieber die Aktienmajorität einer tschechischen Großbank zu überlassen. Dabei hat die Wiener Bank für sich d. h. für ihre leitenden Funktionäre in der neuen Bank eine entsprechende Position gesichert und auch die entsprechende Anzahl der Verwaltungsratsstellen in den angegliederten Industrien erhalten; der Interessen der Arbeiter und Angestellten wurde fast nie gedacht. Der Uebergang zu einer tschechischen Bankengruppe hatte in vielen Industrien eine tschechische Leitung, oft auch die Anstellung tschechischer Beamten notwendig gemacht und deutsche Arbeiter und Angestellte mußten weichen. So konnten wir gerade bei der Landwirtschaftlichen Creditbank, die vor dem Kriege gleichfalls als deutsche Bank galt, kurz nach dem Umsturz eine Metamorphose in ein tschechisches Institut beobachten; in der Zentrale wurde die Staatsprache als Dienstprache eingeführt, eine neue Leitung bestellt, eine ganze Reihe neuer Zweigstellen im tschechischen Sprachgebiet eröffnet. Nun sollen aber auch die deutschen Filialen der Verkehrsbank angegliedert werden, ohne daß deren „deutscher Charakter“ verloren gehen soll, ebenso wie die Filialen der Landwirtschaftsbank in Deutschböhmen nach wie vor „deutsch“ geblieben sind. Es geschieht im vorliegenden Falle das erstmal, daß ein tschechisches und ein deutsches Institut auch noch auf ein vereinigt werden; erhöhte Bedeutung kommt diesem Vorgang aber deswegen zu, weil die Landwirtschaftliche Creditbank unmittelbar nach Aufnahme der Verkehrsbank mit der böhmischen Industrialbank fusioniert werden soll. Damit wird wohl eines der größten tschechoslowakischen Geldinstitute entstehen, das über einen bedeutenden Industriebezirk gebietet wird. Die Ausleger Juderraffinerie, die Luitnerschen Tuchfabriken, Automobilfabrik Walter & Co., die Woldau- und Elberemoranage, die Praterfabrik Glasive in Prag seien hier genannt. Und dieses neue Institut, das „Böhmische Industriell- und Landwirtschaftliche Bank“ heißen soll, wird sich würdig einfügen in den Bankenverband, den Svaz Československé bank, wo die Direktoren ohne Rücksicht auf den Charakter der Anstalt vereinigt

sind. Sie werden dort gemeinsam jeder Forderung der Beamtenschaft entgegengetreten. Wenn nun tschechische kapitalistische Kreise und bürgerliche Parteien mit Ziel diesen neuen nationalen Zielsetzern, so ist dies ein Täuschungsversuch der tschechischen wie der deutschen Arbeiterschaft, denn die Niederländischen Handels-Maatschappij, die an der Südmährischen Industrialbank bereits heute stark interessiert ist, wird auch an der neuen Bank mit bedeutenden Summen beteiligt sein. So zeigt gerade der vorliegende Fall, daß die wirtschaftliche Nebenbuhlerin Raschins wohl das Wiener Kapital zu verdrängen vermochte,

daß aber alle hiesigen Bankinstitute infolge der Geldknappheit im Anlande gezwungen wurden, seien es nun französische oder belgische, italienische oder holländische Beteiligungen zu suchen. In all den Erscheinungen kommt eine der wichtigsten wirtschaftlichen Folgen des Krieges zum Ausdruck: Der Weltkrieg hat uns vom Kapitalismus nicht befreit, sondern die Arbeiter haben nur den Herrn gewechselt. Anstelle des deutschen und österreichischen Kapitals ist das Finanzkapital der siegreichen Ententestaaten und der Neutralen

Trägungswiese 23 Prozent aufzuzeigen. Eine der schrecklichsten Ungerechtigkeiten des Staatsvoranschlages bildet das

Leidenskapitel der Altpensionisten, die trotz des Gesetzes vom März 1921 noch immer keine Gleichstellung mit den Neu- und Zukunftspensionisten erhielten. Alle Bemühungen, den hungernden Staatspensionisten die fälligen Nachzahlungen zu verschaffen, blieben erfolglos. Das Gesetz vom November 1920 hat das Unrecht an ihnen noch vergrößert. Abgeordnetenhaus und Senat haben im heurigen Feber eine Gesetzesvorlage angenommen, welche die Altpensionisten mit den übrigen Pensionisten gleichstellt, im Juni hat unser Klub interpelliert, weil die Durchführungsverordnung zu dem Gesetz vom März dieses Jahres noch immer nicht erlassen war. Am August erließ die Regierung die Durchführungsbestimmungen, aber die Durchführung blieb aus, unsere Genossen hielten die Interpellation aufrecht und heute hat der Kammer noch immer kein Ende. Ist da böse Abtät oder Schlawerei schuldig? Wir fordern sofortige Durchführung des Gesetzes, vollständige Gleichstellung der Alt- mit den übrigen Pensionisten und Anteilnahme aller Pensionisten an jeder Regelung der Verträge der aktiven Staatsbeamten. Schanverei herrscht im obersten Rechnungskontrollamt und in der Postsparkassa. Das Steuerwesen ist durchaus antisozial, das Gesetz über die Alters- und Invalidenversicherung soll — wie wir hören — noch fünf Jahre auf sich warten lassen. Für die Kriegsinvaliden hat man 50 Millionen wertlos im Budget einstellt — kurzum seien die Arbeiterden und Kämpfenden — stet sich dieses Budget, das wir darum ablehnen.

Abg. Cerny (tsch. Agr.) wünscht die Erhaltung aller Restorationsarbeiten. — Gegen das Budget sprach für den Burd der Landwirte Windirich, nach ihm Dr. Masance (tsch. Agr.), der im Namen seiner Partei erklärt, mit dem Budget nicht zufrieden zu sein, aber dafür stimmt, da die gegenwärtige Regierung für die Unzulänglichkeiten nicht verantwortlich gemacht werden kann.

Genosse Kaufmann

fordert, daß das Oberste Kontrollamt, das nunmehr als zwei Jahre besteht, ohne daß sein Wirkungsbereich genau umschrieben wäre, verpflichtet wird, die Rechnungsabläufe der Nationalversammlung vorzulegen. Dieses Kontrollamt soll auch die Gehälter der Zentralen nachprüfen, in denen nachgewiesenermaßen Protektion und Korruption herrscht. Die Landesverwaltungscommissionen müssen ebenfalls, solange sie nicht autonom sind, verpflichtet werden, dem Abgeordnetenhause Rechnung zu legen. Wir verlangen Ausschluß darüber, ob an den Gerichten etwas Wahres ist, die besagen, daß die Gefährdung der Landesverwaltungscommissionen passiv ist. Was die Staatsschulden anlangt, ist zu rügen, daß die Zahlen hierüber im Budget ungenau und unvollständig sind, wie die Angaben eines unfähigen Geschäftsmannes, dem darum kein Vertrauen gebührt.

Als letzter Redner sprach Abg. Kubicek (tsch. Agrar.). Die Sitzung wurde gegen 11 Uhr geschlossen.

Aus dem Budgetausschuß.

In der gestrigen Sitzung des Budgetausschusses gelangte zunächst die Verordnung über die Unterhaltsbeiträge zur Verhandlung. Abg. Eadenberg erklärte, daß wir mit der Höhe der Unterhaltsbeiträge nicht einverstanden sind und daß wir dem Hause eine Vorlage unterbreiten haben. Zur zweiten Vorlage wegen der Einhebung eines achtprozentigen Zuschlages zu den direkten Steuern für Krankenzwecke sprach Abg. Taub. Er setzte sich für die Gewährung der Vorlage ein und bekämpfte die Argumente, nach denen diese Vorlage erst dann in Beratung gezogen werden könnte, bis die Novelle bezüglich der Erwerbsteuer der parlamentarischen Erledigung zugeführt sein wird. Er trat energisch dem Abg. Slavicek (tsch. Nat.-Zog.) entgegen, der ernstlich der Erwägung Ausdruck verlieh, daß die Vorlage nicht in Erwägung gezogen werden könne, weil sie bisher nicht die politische Pesta passiert habe.

Senat.

Der Senat hielt gestern Nachmittag eine kurze Sitzung ab. Zuerst gelangte der Bericht über den Regierungsentwurf des Gesetzes wegen Erwerbung der Bahn Rakonitz-Lann zur Verhandlung. Das Gesetz wurde ohne Debatte in zweiter Lesung angenommen. Dann wurde über eine Resolution des Senats Dr. Ledebour betreffend das Gesetz über die Parzellierung von Grundstücken vom volkswirtschaftlichen Ausschuss

Bericht erstattet. Die Resolution wurde teilweise angenommen, einzelne Teile abgelehnt.

Weiters wurde ein Bericht des Wehr- und des Budgetausschusses über eine Regierungsverordnung betreffend Gewährung von Vorschüssen an tschechoslowakische Alilegionäre (Starodružniti), welche in Rußland materiellen Schaden erlitten haben, verhandelt. Gegen die Genehmigung der Verordnung wendete sich Senator Friedrich, (Deutsch. Agr.), der in ihr eine einseitige Berücksichtigung dieser Legionäre erblickte. Die Verordnung wurde von den Parteien der tschechischen Mehrheit gegen die Stimmen der deutschen Sozialdemokraten und der Deutschbürgerlichen angenommen.

Zum folgenden Berichte des Wehrausschusses über eine Verordnung vom Feber 1921, durch welche die damalige Geltung des Kriegsdienstleistungsgesetzes außer Kraft gesetzt wird, sprach Senator Genosse Sedec, der das Kriegsdienstleistungsgesetz als eines der traurigsten Kapitel bezeichnet, welche die Geschichte des Krieges aufzuweisen hat, denn durch dieses Gesetz wurden die Arbeiter zu Sklaven gemacht und mußten schwerstes Unrecht dulden. Er schildert die Leiden, denen die Arbeiterschaft durch dieses Gesetz ausgesetzt war und beantragt in Gemeinschaft mit dem Senator Gen. Jarolim folgende Resolution:

„Die Regierung wird aufgefordert, binnen drei Monaten der Nationalversammlung einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach das Gesetz vom 25. Dezember 1912, RSB. Nr. 286, in folgenden Punkten ergänzt wird:

1. Bezüglich des Arbeitsrechtes der unter Kriegsdienst gestellten Betriebe bleiben alle in diesem Zeitpunkt bestehenden Gesetze und Verordnungen, welche das Arbeitsverhältnis regeln, wie zum Beispiel die Betriebs- und Mieterräte im Bergbau, die Betriebsratschüsse, Lohnschiedsgerichte unverändert aufrecht, wobei diese Organe bei Auflösung des Arbeitsverhältnisses durch Einrückung zur Militärdienstleistung mitzuwirken haben.
2. Die Ausdehnung der Altersgrenze für Kriegsdienstleistungen über das 50. Lebensjahr hinaus ist nur auf Grund eines von beiden Häusern der Nationalversammlung beschlossenen Gesetzes zulässig.
3. Die an öffentliche Körperschaften oder Privatpersonen zu leistenden Vergütungen haben den zur Zeit der Inanspruchnahme geltenden Preisen zu entsprechen.
4. Die Verwendung von Frauen auf Grund des Kriegsdienstleistungsgesetzes und der auf Grund desselben erlassenen Verordnungen ist auszuschießen.“

Der Berichterstatter Dedie (tsch. Soz.-Dem.) erklärte, diese Resolution sei „gegenstandslos“, da die tschechischen Parteien beabsichtigen, einen Antrag auf Reform des Kriegsdienstleistungsgesetzes einzubringen. Die tschechische Mehrheit stimmte denn auch die Resolution nieder.

Nächste Sitzung: Donnerstag 15 Uhr.

Inland.

Eine bemerkenswerte Abstimmung im Senat. Am Feber 1921 hob die Regierung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes die Wirksamkeit des Kriegsdienstleistungsgesetzes auf. In der Sitzung des Senates am 22. November 1921 sollte diese Verordnung genehmigt werden, was auch einstimmig erfolgte. Bei dieser Gelegenheit beantragte die deutschen Sozialdemokraten eine Resolution, in welcher die Regierung beauftragt wird, binnen drei Monaten der Nationalversammlung einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter im Betriebe auch während des Krieges aufrechterhalten und einige andere, im Interesse der Arbeiterschaft gelegene Änderungen beantragt werden. Und es geschah das Unglaubliche: Die tschechischen Sozialdemokraten stimmten mit den tschechisch bürgerlichen Parteien gegen diesen Antrag! Der Referent, der tschechische Genosse Dedie, hatte den Auftrag, diese unerhörte Abstimmung zu begründen, und er erledigte sich dieser Aufgabe, indem er erklärte, es seien noch andere Änderungen notwendig und es werde ohnehin in der Sache ein Initiativantrag überreicht werden. Als ob die Annahme der Resolution die Ueberreichte eines solchen Antrages gehindert hätte! Es ist erstaunlich, daß just Dedie mit seiner ehrenvollen sozialistischen Vergangenheit eine solche Aufgabe übernahm. Die Folgen der Koalition mit den bürgerlichen Parteien zeigen sich bei den tschechischen Sozialdemokraten erschreckend rasch. Auch die tschechischen Arbeiter haben unter der Last des Kriegsdienstleistungsgesetzes gebuldet, auch sie waren der Willkür der Unternehmer und der militärischen Leiter ausgesetzt, die die Herren über Leben und Tod der Arbeiter waren. Und den ersten Versuch, die Wiederholung dieser unerträglichen Zustände zu verhindern, sabotieren sie.

Zur deutsch-tschechischen Frage schreibt gegenwärtig im „Cas“ Alois Hajn eine Artikelserie, die in folgenden Thesen gipfelt: Erstens: Es ist notwendig, eine Atmosphäre der Ruhe und Mitarbeit zu schaffen, die es ermöglicht, alle sozialen und wirtschaftlichen Fragen im Sinne der sozialen und nationalen Ge-

Tschechoslowakische Finanzwirtschaft. Fortsetzung der Budgetdebatte.

Die tschechischen Parteien und die Minister zeigen nicht das mindeste Interesse, ihr trostloses Budget näher kennen zu lernen. Ihre Bänke sind leer, während die Redner der Opposition immer wieder die traurigen und empörenden Ziffern des Staatsvoranschlages nennen, selbst den Prozedurern hört immer nur ein ganz kleines Hauslein der eigenen Parteigänger zu. Es kann für die tschechischen Parteien ja auch nur tragikomisch wirken, wenn die slowakische Volkspartei, die natürlich für das Budget stimmen wird, durch ihren Sprecher Juriga die schwersten Anklagen gegen die Staatsregierung und Behörden richtet. Und das sie nicht hören wollen, was die deutschen Sozialdemokraten zu dem gut österreichischen Finanzbudget der Tschechoslowakei zu sagen haben, wird bezeugt, wer die Reden der Genossen Fischer, Beutel und Kaufmann gehört hat. Die großen und die kleinen Zahlen, die Genosse Fischer nannte, sind nichtermahnen berechnend. Das Finanzbudget weist 6000 Millionen indirekter Steuern auf. Diese Großzügigkeit geht bis ins Kleinste: sechs Millionen sind dem Bau von Genbarneriesalernen gewidmet, 168 Millionen sind im Investitionsbudget für das Nationalverteidigungsministerium vorgezogen — wofür? Genosse Beutel appellierte noch einmal an das Gewissen der Regierung, der trostlosen Lage der Altpensionisten ein Ende zu machen, in der zehnten Stunde kam als vorletzter Redner Genosse Kaufmann zu Worte.

Präsident Tomasek eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten. Die Spezialdebatte über das Finanzkapitel des Budgets wird fortgesetzt.

Die Fortsetzung der Spezialdebatte im Abgeordnetenhause.

Als erster Redner in der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses befahte sich Abgeordneter

Genosse Fisher

mit dem Finanzbudget für 1922, der eine ungeheure Belastung der Bevölkerung bedeutet. Die Grundlagen erweisen sich schon bei oberflächlicher Prüfung als vollständig falsch. Die Regierung versucht nicht einmal, die richtigen Lasten, welche sie den Bürgern auferlegt, zu rechtfertigen. Anstatt einer wirklichen Begründung finden wir bei den meisten Kapiteln die nichtsagende Redensart von der erhöhten Regie, von der Erhöhung der tatsächlichen Bedürfnisse. Alle Einwendungen der Opposition sind in den Wind gesprochen, der Herr Finanzminister findet es äußerst selten der Mühe wert, den Verhandlungen beizuwohnen. Eine Last von 1176 Millionen direkter Steuern und 5993 Millionen indirekter Steuern werden der Bevölkerung aufgebürdet und dazu kommen noch die Einnahmen aus den Monopolen mit 1884 Millionen, in der Totalsumme 9144 Millionen Kronen. Die Verteilung dieser Lasten, die Art ihrer Aufbringung, bedeutet ein

schweres Unrecht an den armen Schichten der Bevölkerung.

Von den direkten Steuern entfällt der Löwenanteil von 693 Millionen auf die Einkommensteuer, die die Verdienste der kleinen Beamten und Arbeiter belastet. Hingegen sind die Millionen einkommen, besonders die arbeitslosen Einkommen zu gering belastet. Die Vorschreibung der Steuern läßt alles zu wünschen übrig. Die Finanzwirtschaft der Gemeinden und Bezirke leidet auf das Schwerste, die Vermögensabgabe ist noch immer nicht verpfändbar. Die Ausgaben des Finanzministeriums, 1724 Millionen Kronen, betragen fast so viel wie die Summe der direkten Steuern. Von den indirekten Steuern entfallen 2200 Millionen Kronen auf die Warenumsatzsteuer, 1450 Millionen Kronen auf die Kohlensteuer, 730 Millionen Kronen auf die Getränkesteuer (um 93 Millionen mehr als im Vorjahre). Durch alle diese Steuern werden die

untersten Schichten der Bevölkerung in unerbörtem Maße belastet.

Die Zölle sind mit 521 Millionen präliminiert (um 331 Millionen mehr als im Vorjahre) — die deutsche Arbeiterschaft ist bei Festsetzung des Zolltarifs gar nicht befragt worden. Keine Schutzzölle für die Agrarier sind die Zölle, die für ausländisches Mehl und Getreide vorgezogen sind. Bei den Investitionskrediten von 2263 Kronen ist das verkehrsräiche deutsche Industriegebiet überhaupt nicht berücksichtigt worden, hingegen sind 22 Millionen für repräsentative Bauten vorgezogen. Die Regierung bringt Staats- und Volkswirtschaft an den Rand des Verderbens, die Arbeitslosigkeit wächst, die Industrie bleibt ohne Absatz. Das Finanzbudget zeigt eine riesige Belastung der arbeitenden auf Kosten der besitzenden Klassen es spiegelt so wie das Gesamtbudget den Klassenstaat wieder, weshalb wir das Budget grundsätzlich ablehnen.

Abg. Medvedy (Slowak. tsch. Agr.) wirft den Tschechen vor, daß sie den Slowaken in der Zeichnung der Investitions- und Lokalanleihe ein schlechtes Beispiel geben. Das Finanzministerium habe nichts dazu getan, um dem slowakischen Volke Vertrauen zu den Finanzämtern und Geldinstituten der Republik einzufößen. Er fordert eine rasche Durchführung der Gaueinteilung in der Slowakei.

Der deutsche Nationalsozialist Papelt fragt an, ob mit der einen Milliarde, um die die Steuern der präliminierten Einnahmen überschritten, vielleicht eine geheime Rücklage gebildet wurde, um Auslagen für den Militarismus zu decken. In Reden von je einer Stunde begründete er und ebenso Böllmann (Bund der Landwirte), warum ihre Parteien das Finanzbudget ablehnen.

Prozedur Dr. Juriga (slow. Volkspartei) beschwert sich darüber, daß die Slowakei statt sozial befreit, schwer wirtschaftlich bedrückt werde. Der Staat ist der ärgste Kettenhändler und Kapitalist gegenüber dem slowakischen Volke. Die Finanzorgane heben in der Slowakei drückende Steuern in der Weise ein, daß sie kraft einer Verordnung aus den Zeiten Maria Theresias den Steuerzahlern große Geldstrafen auferlegen, von denen ihnen selbst fünf Zehntel zufallen. Der Redner fordert vom Staate eine Rückzahlung der Geldstrafen in den Fällen, in denen die Steuern unrichtig eingehoben wurden. Den kleinen Leuten sollen die Minimalbeträge zurückerstattet werden, die anlässlich der Abstempelung zurückbehalten worden sind. Es kann soweit kommen, daß die Slowaken gezwungen sein werden, sich gegen die Tschechen zum Schutz der Republik zu erheben.

Abgeordnete Pechmann (tsch. Nat.-Zog.) gibt zunächst im Rahmen des Klubs eine Erklärung gegen die Art und Weise ab, in der Abg. Juriga als Mitglied einer Regierungspartei gegen den Staat gesprochen hat. Sie setzt sich vor allem für die sozialen Forderungen der Staatsbeamten und für eine rasche Erledigung der Dienstpragmatik ein.

Nach dem Sprecher der deutschen Christlich-sozialen Wähler wendet sich Abg. Chalupa, (tsch. Soz.-Dem.) gegen die Ausführungen Kostlas. Er nennt unser Steuerwesen veraltet und unsere Verteilungspolitik unumöglich.

Abg. Skafal (Kommunist) findet scharfe Worte gegen das System der indirekten Steuern. Die tschechischen Sozialdemokraten, die vor dem Kriege übereingekommen waren, die indirekten Steuern durch direkte zu ersetzen und durch Festlegung eines Existenzminimums die niederen Schichten zu schützen, haben ihr Wort nicht gehalten. Die Kapitalistenrenten werden geschützt.

Zu Empörung gegen den Staat reizt nach den Worten des

Genossen Beutel

das Budget auf. Die Kapitel 1 bis 20 weisen gegen das Vorjahr Erhöhungen von 4 bis 550 Prozent auf, während nur zwei Kapitel und zwar das für soziale Fürsorge und das für Ernährung ein Minus von 5,6 Prozent bezie-

rechtigkeit zu lösen; zweitens: die in der letzten Zeit eingetretene Wendung in der Politik der Deutschen ist zu begrüßen, Aufgabe der Tschechen ist es, den Deutschen den Weg zur politischen Mitarbeit zu erleichtern. Dazu ist ein festes Programm notwendig. Drittens: die Lösung der Frage der Minderheiten ist schon aus Gründen der auswärtigen Politik von großer Bedeutung. Die Zufriedenheit der Minderheiten ist die notwendige Voraussetzung guter Beziehungen zu den Nachbarn der Republik. Viertens: die Konsolidierung der Republik und Mitteleuropas kann nicht durch den nationalen Chauvinismus herbeigeführt werden. Nur der Geist der Demokratie kann den Nationen und Klassen das geben, was ihnen gebührt.

Kommunistische Verhältnisse! Die Auffiger „Internationale“ bringt einen Artikel: „Der Weg der R. P. D.“, in dem die deutschen Kommunisten in der Tschechoslowakei dem Beispiel ihres Meisters Lenin folgend, eine Umorientierung ihrer Politik andeuten. Zunächst wird darin ein feierliches Bekenntnis zum Opportunismus abgelegt, der nur deswegen ein „revolutionärer“ Opportunismus ist, wie Reichlich dies am Vereinigungsparteitag nannte, weil es eben der Opportunismus der Kommunisten ist. „Wir müssen dort anknüpfen, wo die Massen nach den Erfahrungen eines vierjährigen Weltkrieges und der Kämpfe einer dreijährigen Weltkrise stehen geblieben sind. Wir müssen versuchen, uns auf das Niveau der Arbeiter zu stellen, ihr Denken, ihre Sorgen, ihr Empfinden und ihr Wollen, wenn gleich es nicht immer revolutionär ist, in uns aufzunehmen, um mit den Massen Schritt für Schritt vorwärts zu gehen.“ Die kommunistische Partei muß also nicht, wie früher gesagt wurde, die revolutionäre Avantgarde des Proletariates sein, sondern das Denken und Wollen der Arbeiter, „wenn gleich es nicht immer revolutionär ist“, in sich aufnehmen. Nachdem die Kommunisten in einer unerhört perfiden Weise den Kampf gegen die sozialdemokratischen Arbeiter geführt haben, kommen sie nun plötzlich darauf, daß die Zeit gekommen ist, eine geschlossene Kampffront der gesamten proletarischen Klasse aufzustellen. In dem besagten Artikel wird geschrieben: „Aus diesem und manchen anderen Grunde, den hier anzuführen nicht der Platz ist, glauben wir also, daß die Bildung einer geschlossenen Kampffront der Arbeiter unter Juridiktation der verschiedenen Wünsche einzelner Parteien eine Lebensnotwendigkeit der Arbeiter geworden ist. Deshalb muß es auch die R. P. C. als ihre Aufgabe ansehen, bei allen Kämpfen, die entweder geeignet sind, errungene Erfolge der Arbeiter zu sichern, bestehende Uebelstände zu beseitigen oder Neues zu gewinnen, mit allen anderen Arbeiterparteien zusammenzugehen die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen.“ Es wird auch zugegeben, daß die Politik, die die Kommunisten insbesondere zur Zeit der Mobilisierung betrieben haben, nicht immer klar ist und es wird daher gesagt: „Die Massen verlangen von uns, daß wir von allen Meinungen und Ansichten, die man über Wirtschaft und Politik heute abgeben kann, am eindruckvollsten aber auch am zutreffendsten zu ihnen sprechen.“ Köstlich ist auch das folgende Geständnis: „Dabei darf sich die R. P. nicht fürchten, oft in engere Gemeinschaft mit den anderen Arbeiterparteien zu geraten und sie muß den Mut aufbringen, auch einmal ganz dasselbe zu sagen, wie die Sozialdemokratie.“ Wir fürchten nur, wenn die Kommunisten wirklich den Mut aufbringen, auch einmal ganz dasselbe zu sagen, wie die Sozialdemokratie, dann werden sich die Arbeiter fragen, warum es denn überhaupt eine kommunistische Partei geben müsse. Die deutschen Kommunisten, die die deutsche Arbeiterbewegung dieses Staates gespalten haben, weil es ihnen angeblich nicht mehr möglich war, die ihnen zu wenig revolutionäre Politik der Sozialdemokratie mitzumachen, enden nun im „revolutionären Opportunismus“ und damit, — daß sie schließlich ganz dasselbe sagen, wie die Sozialdemokratie.

Hyndman gestorben.
In später Nachstunde erfahren wir, daß in London Genosse H. M. Hyndman, einer der ältesten Kämpfer in der englischen Arbeiterbewegung im Alter von 80 Jahren gestorben ist.
In seiner Jugend trat Hyndman zu Karl Marx, während dessen Londoner Exils in persönliche Beziehungen, später war er mit Bebel, Bernstein, Viktor Adler und anderen deutschen Sozialisten befreundet. Seine journalistische Laufbahn begann er im Jahre 1866 in Italien, wohn er als Kriegsberichterstatter der „Ball-Magazine“ geschickt wurde. Die revolutionäre Bewegung in Italien, mit deren Führer Garibaldi er sich befreundete, machte

Die Washingtoner Konferenz.

Die Frage der Rüstungen zu Lande.

Paris, 21. November. (H. G. Savas.) In der heutigen Vollziehung der Washingtoner Konferenz erklärte Staatssekretär Hughes zur Frage der Entwaffnung zu Lande, für die Vereinigten Staaten könne die Frage nicht in Betracht kommen, denn sie hätten statt der 4.200.000 Mann bei Abschluß des Waffenstillstandes zur Zeit nur noch 160.000 Mann regulärer Streitkräfte. Briand erklärte, Frankreich sei mehr als jedes andere Land geneigt, der Welt einen endgültigen Frieden zu sichern. Er wäre erfreut, wenn er sagen könnte, wir finden unsere Sicherheit in uns selbst. Unglücklicherweise könnten wir das nicht. Um Frieden schließen zu können, muß man den Nachbarn betrachten. Es ist notwendig, daß in dessen eine Atmosphäre des Friedens herrscht. In dem Europa, wie es augenblicklich ist, sind aber noch ernste Elemente der Beunruhigung vorhanden. Viele versuchen, von Hintergedanken Frankreichs zu sprechen, es wolle eine Art militärischer Hegemonie aufrichten, die an die Stelle des alten imperialistischen Deutschlands tritt. Das ist der grausamste Vorwurf, den man Frankreich machen kann (!), Frankreich besand sich nach dem schrecklichen Kriege in der Notwendigkeit, sich einen Ansehen zu geben, der es seinen Gegnern gestattete, ihm so perfide Anschuldigungen unterzuschreiben. Frankreich werde alles tun, damit es mit Deutschland Seite an Seite leben könne, aber es dürfe nicht durch seine Schritte gewisse Leute zu neuen Kriegen ermuntern. Er wolle nicht ungerecht sein, es gebe in Deutschland mutige und vernünftige Männer, die im Frieden demokratische Einrichtungen aufbauen wollen. Man werde alles tun, um diesen Deutschen zu helfen. Aber es gebe noch ein anderes Deutschland, das durch den Krieg nichts gelernt habe und das seine schlechten Absichten auch aus der Zeit vor dem Kriege beibehalte. Man dürfe den Wert des deutschen Soldaten nicht unterschätzen. Sieben Millionen, die aus dem Kriege übrig geblieben, seien vorhanden. Sie seien zwar nicht in Regimenten eingeteilt, aber es sei möglich sie morgen zu mobilisieren. Jeder sind die deutschen Polizeikräfte und die Reichswehr. Die Reichswehr besteht aus 100.000 Mann, aber aus solchen Männern, die fast alle Unteroffiziere und Offiziere der alten Armee waren und die jeder für das Heer von morgen darstellten. Die Sicherheitspolizei besteht aus 150.000 Mann und ist vollständig aus Berufsoffizieren zusammengesetzt. Deutschland hat also insgesamt 250.000 Mann zur Verfügung. Aber noch mehr: Die sieben Millionen Mörder, die ins Zivilleben zurückgekehrt seien, sind in Organisationen oder Vereinen der ehemaligen Kriegs-

großen Eindruck auf ihn. Der Wunsch, fremde Länder und Leute kennen zu lernen, trieb ihn in den siebziger Jahren zu Reisen nach Australien, Neuseeland, Polynesien und Amerika, das er auch später noch wiederholt aufsuchte. Als Verteidiger der Rechte der Arbeiter trat er gegen die Regierung energisch auf und wurde wegen Aufruhrs in East-End unter Anklage gestellt, wegen Mangel an Beweisen aber freigesprochen.

In den Jahren 1887 bis 1895 kämpfte er energisch für soziale Reformen und vertrat innerhalb der stark liberalistisch orientierten englischen Arbeiterbewegung den sozialistischen Klassenkampfstandpunkt. In der sozialistischen Internationale erblickte er den Hort der Zukunft der Arbeiterklasse. Zehn Jahre war er Mitglied ihres Ausschusses und wurde auch im Jahre 1896 zum Vorsitzenden des internationalen Sozialistenkongresses in London gewählt.

Im Kampfe der Engländer mit den Buren bekämpfte er energisch die englische Kriegspolitik. Im Weltkrieg freilich ging er nicht mit der entschiedenen pazifistischen Richtung innerhalb der englischen Arbeiterschaft und bekämpfte vor allem den deutschen Imperialismus.

In Prag war er schon im Jahre 1912 und zum zweiten Male im Juni dieses Jahres, wo er die tschechische Arbeitersportade besuchte.

Seine wichtigsten Schriften sind „Sozialismus und die Sklaverei“, „Die Nationalisierung des Bodens“, „Die indische Politik und die englische Gerechtigkeit“, „Die historischen Grundlagen des Sozialismus“, „England für alt“ und neuestens „Die Entwicklung der Revolution“.

Ausland.

Wanderungen in Berlin. Die Entwertung der Mark hat eine furchtbare Teuerungswelle über Deutschland gebracht. Die Preise aller Lebensmittel und Gebrauchsgüter sind in den letzten Wochen bedeutend gestiegen, während die Löhne vorläufig dieselben geblieben sind, als zur Zeit, da die Mark im Auslande das

teilnehmer gruppiert, die sich bei jeder Gelegenheit zu Festen und Jahrestagen versammeln. Als die oberschlesische Angelegenheit einen bedrohlichen Charakter annahm, bildeten sich in wenigen Tagen Korps zu 40.000 Mann mit Gewehren, Kanonen, Maschinengewehren und Panzerzügen. Wenn man eine Nation an seiner Seite hat, die im Laufe der Geschichte zahlreiche blutige Konflikte mit einem gehabt hat und die in ihrer Absicht beharrt, kann man seine Augen vor einer solchen Gefahr nicht verschließen. Dem Einwand gegenüber, daß Deutschland kein Material mehr habe, ist zu sagen, daß in Deutschland noch alles vorhanden ist.

In der Napoleonischen Zeit wurde Preußen ebenfalls entwaffnet und das, wie man sagt, entwaffnete anarchoistische Rußland versucht mit anderthalb Millionen Mobilisierter den polnischen Damm zu durchbrechen.

Stürmischen Beifall weckte die Mitteilung Briands, daß die 3-jährige Dienstzeit auf 18 Monate herabgesetzt und die französische Armee somit auf die Hälfte reduziert werden wird. Frankreich jetzt entwaffnen wollen, heißt nicht den definitiven Frieden unterstücken. Die erste Bedingung der moralischen Abrüstung Deutschlands ist, wenn Deutschland einsieht, daß alle Verbündeten noch immer zu Frankreich stehen. Dann wird die deutsche Demokratie triumphieren, dann ist Hoffnung auf einen endgültigen Frieden vorhanden. Valfour stimmte der französischen These warm zu und erklärte, daß England im Falle einer neuen Angriffsdrohung gegen die Freiheit der Welt an der Seite Frankreich stehen würde.

Auch der italienische Vertreter Schanzer schloß sich den Ausführungen Briands an. Der Antrag auf Abrüstung zu Lande wurde der bevollmächtigten Kommission der 5 Großmächte übergeben.

Hughes' Flottenplan im Prinzip von England angenommen.

Washington, 22. November. (Reuter.) Nach Unterredungen zwischen Hughes, Valfour und Kato nahm Großbritannien das Verhältnis 5:3:3 für die amerikanische, die englische und die japanische Flotte an, sowie es im Plane Hughes' festgesetzt war.

China — das Ausbeutungsobjekt der Welt.

Washington, 22. November. (Savas.) Die Kommission für den fernem Osten hat eine Entschließung angenommen, in welcher die Unabhängigkeit und Integrität des Gebietes und der Verwaltung Chinas, die vollkommene Möglichkeit seiner Entwicklung zu politischer Stabilität und die Gleichheit aller Mächte, was den Handel und die Industrie in China anbelangt, respektiert werden.

Dreifache ihres jetzigen Wertes gegolten hat. Die Rolle, in die die Arbeiterklasse geraten ist, wird von den Kommunisten zu einer sonderbaren „politischen Aktion“ ausgenutzt. Im Anschluß an eine vorgestern stattgefundene Versammlung von Arbeitslosen kam es in Berlin zu Märschen. Der patriotische Charakter der Plünderungen geht daraus hervor, daß die verhafteten 52 Personen, wie die Berliner Blätter melden, alleamt der kommunistischen Partei angehören. Die kommunistische Partei Deutschlands ist, wie alle politischen Ereignisse der letzten Zeit lehren, in einem nicht aufhaltenden Niedergang begriffen und es ist den Kommunisten kein Mittel zu schlecht, um Aufmerksamkeit zu erregen und immer wieder zu versuchen, ein paar Arbeiter auf ihre Seite zu bringen. Die deutsche Arbeiterschaft wird jedoch aus diesen jüngsten Ereignissen dieselben Lehren ziehen, wie aus dem Märzputsch und deswegen werden die jüngsten Vorfälle die gegenseitige Wirkung dessen erzielen, was die Kommunisten wünschen, sie werden den allgemeinen Abfall der Arbeiter von der kommunistischen Partei noch beschleunigen.

Ungarische Abstimmungspropaganda.

Wien, 22. November. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“). Ueber die Vorbereitungen der ungarischen Regierung im Ledeburger Abstimmungsgebiet wird gemeldet, daß immer neue Gendarmereiformationen in das Abstimmungsgebiet kommen und daß die Geistlichkeit, die Lehrer und sonstigen Staatsangestellten bearbeitet werden, für Ungarn zu stimmen. Der Bürgermeister von Ledeburg hat an die Vertreter Weisungen über die Ausstellung von Heimatscheinen zur Erlangung des Abstimmungsrechtes verteilt.

Eine Welle kommunistischer Hungerstreiks.

Belgrad, 22. November. (Uj. V.) Die wegen des Attentates auf den König seit Juli in Untersuchungshaft befindlichen Kommunisten haben den Hungerstreik begonnen, um die Beendigung des Prozesses zu erzwingen.

Tages-Neuigkeiten.

Genosse Prof. Raudnig gestorben. Im Alter von 62 Jahren ist gestern Genosse Professor Dr. Robert Raudnig, deutscher sozialdemokratischer Stadtrat in Prag, gestorben. Professor Raudnig hat sein ganzes Leben in Prag verbracht. Er hat hier die Mittel- und Hochschulstudien absolviert, wurde später Assistent an der Prager Kindelanstalt und wendete sein spezielles Interesse schon früh der Kinderheilkunde zu. In jungen Jahren wurde er Privatdozent an der Prager Universität und erhielt später den Titel eines außerordentlichen Professors. Dank seiner wissenschaftlichen Leistungen und seiner ärztlichen Qualifikation hätte er schon vor Jahren Professor werden sollen, allein die österreichische Regierung wollte ihn nicht ernennen — weil er konfessionslos gewesen war. So hat er dreißig Jahre an der Universität gewirkt, ohne für seine Lehrtätigkeit auch nur einen Kreuzer erhalten zu haben! Vor etwa drei Wochen hat die Universität seine Ernennung zum außerordentlichen Professor beantragt, die Ernennung trifft ihn nicht mehr unter den Lebenden. Unter seinen Haupterfahrungen erfreute sich der Verbliebene eines großen Ansehens. Eine seiner bedeutendsten Arbeiten war die über den Myastimus, eine Erkrankung der Augenmuskeln, welche insbesondere häufig bei Bergarbeitern vorkommt. Er hat für diese Erkrankung eine neue originelle Erklärung gefunden, die allgemein anerkannt wird. Später wandten sich seine Studien dem Nährgehalt der Milch zu. In seinen letzten Lebensjahren arbeitete er auf dem Gebiete der Tuberkuloseforschung. Er hat auch hier sehr viel geleistet. Auch politisch war Professor Raudnig schon seit mehreren Jahrzehnten tätig. In der Zeit vor dem Kriege stand er auf dem äußersten linken Flügel der bürgerlichen Demokratie und hat durch seinen Mut und seine Unerschrockenheit alle seine Gesinnungsgenossen von damals weitans überwiegen. Er wirkte jahrelang in der freien Schulbewegung und in der Freidenkerorganisation mit. Auch in Deutschböhmien wird man ihm aus den Vorträgen, die er in diesen Organisationen gehalten hat, danken. Unter dem Eindruck des furchtbaren fünfjährigen Gemeinlebens wandte er sich der Sozialdemokratie zu und hat in den wenigen Jahren, in denen es ihm beschieden war, in unserer Partei zu wirken, für die deutsche sozialdemokratische Bewegung in Prag außerordentlich viel getan. Bei den Wahlen in die Gemeindevertretung Prags im Jahre 1919 war Genosse Raudnig Vizeführer der deutschen sozialdemokratischen Partei und wurde auch in den Stadtrat gewählt, wo er sich durch seinen Fleiß, seine Initiative und die Fähigkeit, mit der er arbeitete, allgemeine Achtung erwarb. Sein Scheiden bedeutet einen fühlbaren Verlust für die deutsche Arbeiterschaft Prags, die ihm als Parteigenossen und als Arzt — wie viele Patienten hat er behandelt, ohne von ihnen ein Honorar angenommen zu haben — ein ehrendes Andenken bewahren wird.

Die gefährdete Wiener Universität. In Wien wurde jüngst in einer Versammlung von Professoren, Finanzleuten und Literaten die Gründung eines Vereins zur Erhaltung der Wiener Universitäten beschlossen. Professor Dr. Tölgler wies darauf hin, daß die Wiener Universität in Gefahr sei, auf das Niveau einer Hochschule einer Kleinstadt herabgedrückt zu werden. Der Betrieb der Wissenschaft werde, wenn nicht wie in Deutschland Hilfe aus den Kreisen der Industrie komme, mehr und mehr zur Unmöglichkeit. Ein Mikroskop koste heute eine Viertel Million Kronen, die gewöhnlichsten Gebrauchsdinge, Thermometer, Verjüngungsflasken, Spiritus usw. Hunderte von Kronen; ausländische Zeitschriften seien nicht mehr zu bezahlen. Es bestehe die Gefahr, daß die namhaftesten Lehrer der Universität den Rücken kehren; bei neuen Berufungen reichsdeutscher Gelehrter erhalte man fast nur noch Absagen. Die Summen, die erforderlich seien, wirkliche Hilfe zu bringen, seien, in Dollars oder Francs umgerechnet, verhältnismäßig sehr geringfügig. Die medizinische Fakultät, die bereits von der Rockefeller-Stiftung unterstützt wird, könne mit vier bis fünf Millionen Kronen oder 800 Tollar zunächst auskommen. Den übrigen Fakultäten, sowie der Universitätsbibliothek sei ebenfalls mit 1000 Tollar zu helfen. Wenn ein gleicher Betrag für die Erhöhung der Professorengehälter zur Verfügung stände, könnte man hoffen, die Abwanderung der bedeutendsten Lehrkräfte zu verhindern. Der Gesamtbetrag, mit dem der Wiener Universität aus ihrer gegenwärtigen drückenden Lage herausgeholfen werde könne, erreiche nur etwa 20 Millionen Kronen oder 3- bis 4000 Tollar. Wenn die neuen Reichs in Wien nur einigermaßen ihrer kulturellen Pflicht genügen wollten, könnte die Rolle der Wiener Universität durch freiwillige Beiträge spielend behoben werden.

Die Zustände bei 45. Regiment in Benschau, mit denen wir uns schon einmal beschäftigt haben, fordern neuerdings unsere Kritik heraus. Ein Genosse, der dort dient, erhielt vor vierzehn Tagen ein Telegramm, sofort zu seiner Familie nach Salnau (Böhmerwald) zu kommen. Trotz seiner Bitte bekam er vom Kommandanten nur zwei Tage Urlaub. Er erklärte, daß es ihm nicht möglich sei, in dieser kurzen Zeit seine Familienangelegenheiten zu erledigen und rechtzeitig wieder beim Regiment einzutreffen, da er, um in seinen Wohnort zu gelangen, fast einen ganzen Tag auf der Bahn verbringen müsse. Telegramm und Urlaubsschein mußten von der Gendarmerie bestätigt sein, der Gendarmerieposten liegt aber von seinem Wohnort eine Stunde entfernt. Er blieb also einen Tag länger weg. Dafür wurde er mit zehn Tagen Kasernenarrest und Entzug des Weihnachtserlasses bestraft. Der Soldat hat sich mit der Ueberschreitung der Urlaubszeit zweifellos eines Vergehens schuldig gemacht. Aber dieses Vergehen ist begreiflich und verzeihlich und darum eine solche Strafe ungerecht. Damit ist auch erklärt, warum der Bestrafte trotz seiner Bitte bis heute nicht zum Regimentsrapport vorgeführt wurde. Da einem anderen Genossen bei demselben Regimente ein ganz ähnlicher Fall passierte, scheint es uns angezeigt, daß man an vorgelegter Stelle den Ungerechtfertigten in Benschau ein wenig Augenmerk schenkt.

Die feierliche Inauguration an der deutschen Universität in Prag findet Samstag, den 26. November, um elf Uhr vormittags in der großen Aula im Karolinum statt.

Leitmeritzer Extremisten. Vinzenz Miksch und Heinrich Waple aus Leitmeritz sind Größen der dortigen kommunistischen Organisation — gewesen. Miksch war Parteisekretär, Waple war kommunistischer Vertreter im Wohnungsamt, welche Tätigkeit ihn leider ganz nahe an den § 104 des Strafgesetzes brachte. Die Staatsanwaltschaft mußte sich seiner annehmen und leitete gegen ihn die Voruntersuchung ein, mehrere Dutzend Mieter wurden bereits als Zeugen vernommen, aber Waple erklärte zu seiner „Rechtfertigung“, die Sache gehe die kommunistische Partei nichts an, denn er sei in das Wohnungsamt nicht von der kommunistischen Partei gewählt, sondern von der Regierung ernannt worden (!). Daraufhin flog er aus der kommunistischen Partei hinaus. Dafür warf Waple die streitbare Aufsicht „Internationale“ aus seinem Kofferladen hinaus und diese wiederum verhängte über Waples Kofferladen den Boykott. Der Boykott bleibt allerdings wirkungslos, weil die kommunistische Partei abgewirtschaftet hat. Waple brüstet sich nun damit, daß er kein Kommunist mehr sei, ebenso wie Herr Miksch, der Mitte Oktober als kommunistischer Parteisekretär in Leitmeritz entlassen wurde, weil durch seine demagogischen Reden die Organisation vollends ruiniert wurde. Nun will er die kommunistische Partei klagen, weil sie ihm noch einen Monatsgehalt schulde. Früher schrieb und schrieb er immer, daß Sozialisten zu den bürgerlichen Gerichten nicht gehen dürfen, nun kauft er selber zum Stadi, um als gewesener Kommunistenführer die

kommunistische Partei anzuklagen. Wir sind neugierig, ob und was die „Internationale“ über alle diese Vorgänge berichten wird, die die kommunistische Götterdämmerung in Leitmeritz ankündigt.

Ein geheimnisvoller Schiffbrand. Toulouse, 22. November. Auf dem ehemaligen österreichischen Panzerkreuzer „Prinz Eugen“, auf welchem zur Zeit Einrichtungen für Torpedierungsversuche angebracht werden, ist ein Brand ausgebrochen. Die unteren Schiffsräume mußten unter Wasser gesetzt werden. Schon vor einiger Zeit ist auf dem Panzerkreuzer ein ähnlicher Brand ausgebrochen. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Weitere Plünderungen in Berlin. Aus Berlin wird telegraphiert: Infolge der polizeilichen Sicherheitsmaßnahmen kam es heute nur zu vereinzelten Plünderungen. Demonstrierende Jüde von Arbeitslosen wurden an verschiedenen Stellen zerstreut. Im nordöstlichen Vororte Weiskensee erzwangen Demonstrierende in einer Bäckerei die Auslieferung der Backwaren. Eine andere Bäckerei wurde ausgeplündert.

Ein Beamter des Landesauschusses als Wechselhändler. Am 19. November wurde der Realitätenbesitzer und Eigentümer einer Kreditanstalt Josef Borejn aus Wschowitz, der einer Sparkasse vier Wechsel auf 80.000 Kr. gerierte, welche von gutkreditierten Prager Bürgern unterschrieben waren, verhaftet, da sich diese Unterschreiben als gefälscht erwiesen. Borejn gab an, daß er die Wechsel vom Offizial des Landesauschusses Wenzel Hurka zu dem Zwecke erhalten habe, um ihm Kredit zu verschaffen. Auf diese Weise habe er dem Hurka in den letzten zwei Jahren bereits 600.000 Kronen verschafft, ohne sich darum zu kümmern, wer die Wechsel unterschrieben habe. Hurka gebot, daß er durch mehr als vier Jahre Wechsel gefälscht und mit Hilfe Borejns, der bei vielen Sparkassen bekannt war, das Ansehen habe besorgen lassen. Der Fälscher hat eine luxuriös eingerichtete Wohnung. Es wurden bei ihm mehrere noch manuskripte Wechsel vorgefunden. Hurka und Borejn wurden dem Landesstrafgerichte eingeliefert.

Deutscher Bezirks-Vollzugsrat Groß-Prag. Morgen Landrat Dr. Rudolf Slavitschek: „Zweitschulische Erziehung“ (Voll- und Wirtschaft). Zweitschuliger Kurs — zweite Anstunde. Saal 7, kleiner Uraniaaal. Eintritt frei.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Verkaufte französische Maschinen in der Tschechoslowakei. Während der Besetzung Nordfrankreichs durch die deutschen Armeen sind einzelne Fabriken in den französischen Textilorten ausgeraubt worden. Einen Teil der geraubten Maschinen hat die deutsche Regierung später verkauft und von diesen Maschinen sind im Jahre 1917 von den Unternehmern der Flachindustrie in tschechoslowakischen Staat eine Anzahl angekauft worden. Nun verlangt die französische Regierung von der tschechoslowakischen Republik die Herausgabe dieser Maschinen und die tschechoslowakische Regierung bereitet ein Gesetz vor, nach welchem die Unternehmer gezwungen werden sollen, die Maschinen herauszugeben. Es besteht also die Gefahr, daß eine ganze Anzahl von Textilfabriken, in denen diese Maschinen eingebaut worden sind, zum Stillstand kommen und mehrere tausend Textilarbeiter brotlos werden. Daß die Regierung bisher in dieser Frage gar nichts gemacht hat, ist ein schwerer

Fehler, denn es wäre ihre Sache gewesen, im Verhandlungswege mit Frankreich festzustellen, ob jene französischen Unternehmungen, denen Maschinen geraubt wurden, auch noch jetzt die Maschinen brauchen, oder ob sie sich nicht inzwischen neue Maschinen verschafft haben. Im letzteren Falle könnten die einheimischen Fabrikanten gegen Ertrag einer gewissen Entschädigung im Besitze der Maschinen gelassen werden. Uebrigens hätte die Regierung auch im jüngst abgeschlossenen Handelsvertrag mit Frankreich diesbezügliche Bestimmungen vereinbaren können. Es ist notwendig, daß die Regierung eine gemeinsame Aussprache über diese Frage, an der auch Arbeiter teilzunehmen hätten, ermöglicht, denn wenn gegenwärtig die Maschinen aus den Flachspinnereien herausgenommen würden, wäre eine Nachbeschaffung neuer Maschinen aus England nur innerhalb längerer Zeiträume möglich, sodaß die Arbeiter arbeitslos werden müßten.

Sicherheitsrat in Reuttsheim. In der Landwirtschaftlichen Maschinenfabrik A. G. sind die Gießer wegen einer angefügten Lohnreduktion in Streik getreten. Die Firma ist seit Monaten bemüht, Arbeiter zu entlassen und die Löhne unter dem Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse abzubauen. Bisher ist es der Organisation lediglich gelungen, die ärgsten Härten dieser Maßregeln abzuwehren. Es sind dabei vor allem die jungen Arbeiter, dann diejenigen, die eine Landwirtschaft haben oder bei ihren Angehörigen das Auskommen finden, entlassen worden. Die Firma hat aber auch unablässig getrachtet, Vertrauensleute zu entlassen und es ist ihr auch in einzelnen Fällen gelungen, sie hinauszuelken. Vorige Woche kündete der Herr Direktor Dröhler der Arbeiterschaft an, daß künftige Woche die Löhnerbeiträge von 20 bis 50 Heller die Stunde, nicht mehr ausbezahlt werden, was begrifflicherweise große Erregung hervorrief. Die Gießer, bei denen noch ein besserer Geschäftsgang zu verzeichnen ist, lezten daraufhin am Montag die Arbeit nieder. Nun annonziert die Firma in allen deutschen Zeitungen, daß Gießer gesucht werden. Es sind tatsächlich schon einige Gießer in Kenntnis des Streiks hingekommen und nachdem sie den Sachverhalt erfahren, sofort wieder abgereist.

Die Wirtschaftskrise in Polen. Während bis vor kurzer Zeit Polens Wirtschaftsleben von dem ständigen Sinken der polnischen Mark bedroht war, kann seit kurzer Zeit ein Steigen der polnischen Mark beobachtet werden. Aber auch das Steigen der polnischen Währung stellt das Land vor schwere Probleme. Ein führendes Warschauer Blatt schreibt darüber: „Die Situation ist sehr ernst und für die Zukunft unserer Industrie bedrohlich. Wenn auch der gegenwärtige Zustand zweifellos vorübergehend ist, so ist doch schon zu sehen, wie lange er dauern wird und ob unsere Industrie in stande sein wird, die Krise zu überdauern.“ Diese Industriekrise besteht darin, daß sich der inländische Käufer in der Hoffnung auf ein Sinken der Preise zurückhält. Das Ausland kann aber nicht laufen, weil die Herstellungskosten in Polen infolge der gestiegenen Währung zu hoch sind. Das Wirtschaftsleben Polens befindet sich also in einer chronischen Krise, ob nun die Valuta steigt oder fällt.

Der Wert der Krone. Es kosten: 100 holländ. Gulden 335, 100 Mark 34.90, 100 schweiz. Fran-

ken 1788, 100 Lire 391, 100 franz. Franken 376 1/2, 1 Pfund Sterling 382 1/2, 1 Dollar 257, 100 belg. Franken 656 1/2, 100 Belg. 1302 1/2, 100 Dinar 121 1/2, 100 Lei —, 100 österr. S. 1.83 1/2, 100 poln. Mark 3.20, 100 ung. Kronen 11.40 tsch. Kronen.

Kunst und Wissen.

Neues Theater. Heute Mittwoch Gastspiel Thaller-Gödner-Kramer in den Einaktern „Komtesse Clo“, „Komtesse Mizzi“, „Frühere Verhältnisse“, Morgen, Donnerstag, die Operette „Der Fetter aus Dingsda“, Freitag die Operettenneuheit „Die Tanzoratorin“. Sonntag Nachmittag „Fetter aus Dingsda“.

Nachvorstellung. Das Programm umfaßt die Komödie „Der Mann mit der Maske“ von Rein und Rad, die Tragikomödie „Der rote Strich“ von Armin Friedmann und ein Mitternachtslabarett.

Der Marquis von Reith. Samstag Neuaufführung von Franz Wedekinds Drama „Der Marquis von Reith“ mit Wenzel Hoffmann in der Titelrolle. Das spannende Werk erscheint in einem vollständig neuen szenischen Rahmen.

Gastspiel Mine Sanden. Kammerjägerin Mine Sanden-Leipzig singt Sonntag abends in „Madame Butterfly“.

Turnen und Sport.

Resultate vom Sonntag. Leipzig: Volksp. Club — Olympia 2:1. Ueberraschende Niederlage Olympia. — Stuhlweihenbura: Sühnungarn — Ungarn 2:1 (1:0). 20.000 Zuschauer. — Salzburg: Landerkampf Salzburg — Kärnten 3:2. — Nürnberg: I. F. C. — Beil 7:0. — Gumburg: Titensee schlägt überraschend Hamburger 2. B. 4:3.

Bereinsnachrichten.

Freie Vereinigung sozialistischer Akademiker. Heute spricht Professor Rauchberg über den Völkerverbund. Ort: Karolinum IV. Zeit 8 Uhr.



Zentralverband der Angestellten für Industrie, Handel und Verkehr, Ortsgruppe Prag. Donnerstag, den 24. November im Verein deutscher Arbeiter, 8 Uhr abends wichtige Ausschlußsitzung.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak. **Verantwortlicher Redakteur:** Dr. Emil Strauß. **Druck:** Aktiengesellschaft Tribuna, Prag.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Solide Optik. Ausführung ärztl. Rezepte. **M. DEUTSCH** 280 **Optiker u. Mechaniker, Prag I., Graben 25.** (Kleiner Bazar.)

Bio Sansouci. Das Filmdrama „Das Geheimnis“, das alle dramatischen und technischen Filmwirkungen sich aufspeichert, bleibt nur noch heute und morgen auf dem Spielplan. „Das Geheimnis“ behandelt eines der packendsten Sujets in der in seinem Geschehen ewig gleichen und doch ewig wandelbaren Liebe des Weibes zum Manne und umgekehrt. Der originale Rahmen, in den die Handlung einbezogen ist, nämlich die Form eines Verhältnisses vor dem Untersuchungsrichter, steigert die Wirkung des Films noch besonders. Kartenvorverkauf bei Truhlar und beim Koschik den ganzen Tag über, an der Plofasse von 9 bis 20 Uhr ununterbrochen.

PALMA **Der unverwüsthliche Kautschuk-Schuhabsatz**

18 **Théâtre Variété** **18**
Prag-Karlín.
der anhaltende **RIESENERFOLG**
The Redam Schenk Cie Chas. Hora
360
8 Neue Attraktionen,
Nanaens 5 Scellowen, Edith Hagedorn Licht-
feerie, Ellen Octavio, Allen, Hunde u. Katzen-
dresur.

KORLE-KOKS
in plombierten Säcken
Svoboda & Hinais
PRAHA, Jungmannova 3.
Telephon 553-5514. 333

Nur in der Wiederholung liegt der Erfolg der Anzeigen!

Wir erzeugen wieder feinste
Theemargarine „SANA“
und vorzügliche
Tafelmargarine „AXA“
den besten, altbewährten Butterersatz
der Neuzeit in Friedensqualität.
Sana Ges. m. b. H., Prag-Bloubětín
Půjčovní 2. 269

VORNEHME HERRENSCHNEIDEREI NACH MASS
AUS EIGENEN UND MITGEBRACHTEN STOFFEN
MAISON LOUVRE
PRAG, NARODNI TRIDA 20
STETER EINGANG TELEPHON: ERSTKLASS. SCHNITT
VON NEUHEITEN 7363 4648 UND VERARBEITUNG

Übersetzungen
in alle Sprachen, rasch,
zuverlässig, preiswert
The International Spectator, Prag II.,
Panská 9.